

**Münchner Gewerkschaftslinker zur
Sozialstaatskonferenz des DGB-
München am 26. März 2026**



**Schluss mit Sozialabbau und Aufrüstung und Unternehmerentlastung!
Gegen den Generalangriff Widerstand aufbauen!**

Kundgebungen und Demonstrationen bis hin zum politischen Streik sind nötiger denn je!

Wir begrüßen die Entscheidung des DGB Bayern eine Sozialstaats-Kampagne und entsprechende Konferenzen gegen die Angriffe der Regierung – um die Punkte Rente, 8-Stundentag, Gesundheit und Pflege –, in Bayern zu organisieren.

Fast jeden Tag kommt die Bundesregierung und die Arbeitgeberverbände mit neuen Angriffen auf lang erkämpfte Errungenschaften daher: seien es der Achtstundentag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Abschaffung des Bürgergeldes, die Rente..., die flächendeckende Gesundheitsversorgung etc.

Unternehmerverbände und Regierung sind sich einig: Wir sollen für die Wirtschaftskrise und die Aufrüstung zahlen!

Deutschland befindet sich im dritten Jahr einer tiefgehenden Wirtschaftskrise und muss wie es Merz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ausgedrückt hat „wieder wettbewerbsfähig werden... Und wir müssen lernen uns zu verteidigen. Wirtschaftliche Stärke und Verteidigungsfähigkeit bedingen einander!“

Die EU und Deutschland als ihre führende Wirtschaftsnation wollen im weltweiten Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte für die Profite der Konzerne mithalten können – auch mithilfe von Kriegen!

Dafür

- werden die Konzerne mit rund 46 Mrd. Euro entlastet. Dies ist alles erst der Anfang, dabei wird es nicht bleiben;
- und dafür wird die Bundeswehr wieder aufgerüstet: 5 % des Bruttoinlandsproduktes – das sind rund 50 % des Bundeshaushaltes!!! – sollen in den nächsten Jahren für die Aufrüstung ausgegeben werden.

Gleichzeitig wird für die Jugend die Wehrpflicht wieder eingeführt, um auf den zukünftigen Schlachtfeldern für die Gewinne der Besitzenden und Vermögenden geopfert zu werden!

Dazu müssen die Gewerkschaften ohne wenn und aber NEIN sagen und die Gegenwehr organisieren!

Für diese Aufgabe nützt es jedoch nichts,

- wenn z.B. die IG Metall in Bayern eine Kundgebung bei der MTU und Airbus in Taufkirchen organisiert und die Bundesregierung dazu aufruft, das Projekt für eine neue Generation von Kampffjets voranzutreiben. Nicht nur, dass dieses Projekt Millionen Steuergelder binden wird, damit die Rüstungskonzerne ihre Profite weitermachen können - nein, damit macht sich die IG Metall-Führung zum direkten Gehilfen der Aufrüstungs- und Sozialkahlschlagspolitik der Regierung!
- Oder wenn der DGB Bund zwar den Krieg der USA und Israels gegen den Iran und Libanon – aus Völkerrechtsgründen - verurteilt, aber die EU, die sich gerade anschickt, ihre Rüstungsausgaben ins Unermessliche hochzufahren, als friedenspolitische Alternative zu den USA auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite hochstilisiert. Eine sehr widersprüchliche Position, die aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass dies auch nichts anderes bedeutet als harte Eingriffe bei den Sozialausgaben in den verschie-

denen europäischen Ländern zu akzeptieren und sich den Kapitalinteressen der europäischen und insbesondere der deutschen Konzerne nach mehr und besseren Profiten unterzuordnen.

Aktionskonferenzen, die gewerkschaftliche und andere Aktive aus verschiedenen Initiativen zusammenbringen, Forderungen beschließen und Aktionspläne bis hin zu politischen Massenstreiks ausarbeiten!

Die Gewerkschaften müssen zusammen mit der Jugend und der Antikriegsbewegung eine Widerstandsfront gegen Kriegs- und Sozialkahltschlagspolitik aufbauen!

Dafür muss aber auch Schluss sein mit Unterordnung unter die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Regierung und Konzerne!

V.i.S.d.P: C. Boissevain, Guldeinstr.35, 80335 München, E.i.S.

- Was wir brauchen sind **Milliardeninvestitionen in den sozialen, kulturellen, Gesundheits-, Bildungsbereich und zur Integration von Geflüchteten** statt massive Unternehmerentlastungen und Aufrüstung
- **Das ist möglich durch eine höhere Besteuerung der Konzerne und der Rüstungsindustrie**
- Allein die **Wiedereinführung der Vermögenssteuer** bringt jährlich über 147 Mrd. Euro!



Homepage der VKG:
<https://vernetzung.org/>

Kontaktaufnahme vor Ort
(Münchner Gewerkschaftslink):
gewerkstammtischmuc@yahoo.de

Dafür brauchen wir endlich die Entscheidung der Gewerkschaftsverantwortlichen für den Kampf gegen die Abwälzung der Krise auf uns und gegen Aufrüstung und den damit einhergehenden Angriffen auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen!

Als erster Schritt sind machtvolle Kundgebungen und Demonstrationen – bundesweit koordiniert und zusammengefasst gut -, **was wir aber brauchen ist die Vorbereitung auf politische Streiks und Generalstreiks gegen den Generalangriff der Regierung und Konzerne!** Nehmen wir uns ein Beispiel an anderen Ländern wie Belgien, Griechenland, Italien, Portugal und Frankreich.

Die Kolleg:innen Fahimi, Benner und Werneke hatten bereits im letzten Herbst angekündigt gegen den Herbst der Grausamkeiten, Proteste zu organisieren. Kollegin Fahimi deutete Streiks an und hat damit auch politische Streiks auf die Tagesordnung gesetzt.

Dafür sinnvoll sind die Durchführung weiterer lokaler, regionaler und vor allem bundesweiter